

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 23.  
Sonntagen der Redaction:  
Vormittags 10 - 2 Uhr.  
Nachmittags 4 - 6 Uhr.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Interate an Wochentagen bis  
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.  
In den Ställen für Post-Annahme:  
Dresdener, Universitätsstr. 22,  
Königsplatz, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/2 3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,500.

Abonnementspreis viertel 4 1/2 Rthl.  
incl. Frachtbrief 5 Rthl.  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Schilfern für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 30 Pf.  
mit Postbeförderung 45 Pf.  
Inserate 5gep. Petitzeile 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Tabellarische  
Sach nach höherem Tarif.  
Kleinanzeigen unter dem Redactionspreis  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Abdruck wird nicht  
gegeben. Zahlung pränumerando  
oder durch Postwechsel.

№ 313.

Sonnabend den 9. November 1878.

72. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
**Sonntag den 10. November nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr**  
geöffnet.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

### Hülferuf!

Von dem Hülfscomité der Stadt Leutzsch ist und nachstehender Hülferuf zugegangen;  
„Ein schweres, schreckliches Unglück ist plötzlich über die Stadt Leutzsch hereingebrochen. In  
einer großen alten gefüllten Scheune, welche innerhalb der Stadtmauer an der westlichen Seite  
der Stadt gelegen, brach in der Mitternachtsstunde vom 28. zum 27. d. Mts., wahrscheinlich von  
Frevlerhand angelegt, eine Feuerbrunst aus, welche, von starkem Sturm getrieben, in tabellos  
kurzer Zeit sich über die Hälfte der Stadt verbreitete und bis zum Tagesanbruch einige achtzig  
Gebäude, darunter das Amtsgebäude, das Rathhaus, eine Schule, die Post, die Kinderbewah-  
ranstalt in Wiche letzte und die Synagoge, eine zweite Schule und viele Privatgebäude beschädigte.  
Trotz der angelegentlichsten Thätigkeit gelang es erst nach 24 Stunden, das Feuer zu bekämpfen.  
Diese Feuerbrunst hat in dem ohnehin armen Leutzsch mit seiner bermalen beschäf-  
tigungslosen Weberbevölkerung namenloses Elend angerichtet. Wer jemals die Schauer eines  
so plötzlich eintretenden Unglücks mit angesehen oder gar mit erlebt hat; wer von Menschenliebe  
und Wohlthätigkeit erfüllt ist; wer überhaupt in der Lage ist, etwas zur Milderung dieses Unglücks  
beitragen zu können: an Den richtet sich unsere dringende Bitte um schleunige Hülfe in schwerer  
Noth gewiß nicht vergeblich.“  
St. Leutzsch, am 28. October 1878.  
**Das Hülfscomité.**  
u. Kühne, Bezirksdirector in Dornbach. Gahrman, Bürgermeister. Dr. Kohstod,  
Hofrath. Gihbach, Pfarrer. Schleicher, Rector. Bod, Amtshausvor. Bachmann,  
Cantor. Dr. Kroner, Landrath. Tannenberg, Kaufmann. Kudoß, Amts-  
registrator. Juch, Lehrer.“  
Die geschilderte Noth ist groß und bedarf schleuniger und ausgiebiger Hülfe um so mehr, als der  
Winter vor der Thüre ist.  
Wir unterbreiten daher vorstehenden Hülferuf dem allezeit hülfsbereiten Sinne unserer Einwohn-  
schaft und erklären uns zugleich bereit, Gaben in unserer Stiftungsbuchhalterei, Rathhaus 1. Etage,  
Zimmer Nr. 1, in Empfang zu nehmen.  
Leipzig, den 5. November 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Iröndlin. Messerschmidt.

### Der kirchliche Friede.

Es ist bereits des Verhältnisses gedacht worden,  
in welches sich die deutsche Centrumpartei  
zu dem verhältnißlos gesunkenen römischen Papste  
gesetzt hat, am als politische Partei den bis-  
herigen schrankenlosen Terrorismus über die  
„Gläubigen“ fortzusetzen, und mit allen Mitteln  
jehusitisch-pöpstlicher Taktik die Schuld des Conflictes  
dem „omnipotenten“ Staate in die Schuhe zu  
schieben. Die letzte „Verl. Provinzialcorresp.“ ein  
Blatt von halbamtlichem Charakter, verurtheilt die  
durch die Herren Windthorst-Brüel heraus  
beschworenen Zustände in frappantester Weise.  
Genau ist in dem betreffenden Artikel, den  
wir an dieser Stelle folgen lassen, daß die Re-  
gierung mit Ernst und Festigkeit dem Andrängen  
der jehusitischen Camarilla Widerstand leistet und  
daß der Weg nach Canossa den Zielen des Reichs-  
kanzlers gänzlich fern liegt. Das genannte  
Blatt schreibt:

„Seit den ersten Nachrichten aus Riffingen über  
die Besprechungen, welche der deutsche Reichskanz-  
ler dort mit dem päpstlichen Nuntius in München,  
Moseila, gehabt hat und in welchen man allseitig  
einen ersten Versuch vertraulicher Verständigung  
über die möglichen Wege zur Anbahnung des  
kirchlichen Friedens erblickt, — ist angesichts dieser  
Friedensansicht die Haltung keiner anderen Partei  
so eigenartig und befremdlich gewesen, wie die  
des ultramontanen Centrums, in der Presse sowohl  
wie im Parlament.“

Weder der Wunsch, noch die Hoffnung des  
Papstes auf kirchlichen Frieden schienen in der  
ultramontanen Partei in Deutschland irgend einen  
Widerhall zu finden: ihre Wortführer ließen es  
sich vielmehr angelegen sein, den Glauben an die  
Möglichkeit eines Friedens mit der deutschen Re-  
gierung von vorn herein zu erschüttern.

Um sich in dieser Beziehung nicht in offenen  
Widerspruch mit der Auffassung und dem Urtheil  
Roms zu setzen, wurde in den ultramontanen  
Blättern mit allem Eifer bestritten, daß die An-  
regung zu den vertraulichen Besprechungen von  
päpstlicher Seite ausgegangen sei, — es wurde  
behauptet, Fürst Bismarck habe die Verhandlungen  
wichtiglich zur Erreichung augenblicklicher politischer  
Zwecke angeknüpft.

Diese Behauptung wurde jedoch durch den Papst  
selber Lügen gestraft; in dem bekannten Schreiben  
an den Cardinal Rina sprach Leo XIII. aus, daß  
sein eigener Wunsch, Deutschland den religiösen  
Frieden wiederzugeben zu sehen, eine günstige Auf-  
nahme auf Seiten des deutschen Kaisers gefunden  
habe, und daß daran die weiteren freundschaftlichen  
Verhandlungen sich geknüpft haben. Der Papst  
bezeugt zugleich, daß die Wichtigkeit des Zieles von  
der Weisheit derer, welche die Geschichte des deutschen  
Reiches in Händen haben, richtig gewürdigt werde.  
Er fügte hinzu: die Kirche würde glücklich sein,  
den Frieden in Deutschland wiederhergestellt zu  
sehen, — das deutsche Reich aber würde, nachdem  
die Gewissen beruhigt worden, in den Schönen der  
katholischen Kirche, wie in früherer Zeit, seine  
treuesten Unterthanen finden.

Nach dieser Rundgebung war es nicht mehr  
möglich, an dem Wunsche und Willen des Papstes

selbst zu zweifeln, und seitdem sind die ultramon-  
tanen Wortführer in der That bemüht, alle  
Friedensliebe und alles Verdienst um die Friedens-  
verhandlungen dem Papst allein zuzuschreiben.  
Angesichts seiner Aeußerung über die richtige  
Würdigung seines Wunsches, die er auf Seiten der  
deutschen Regierung gefunden, und angesichts der  
Thatfache, daß er diese Aeußerung im August,  
mehrere Wochen nach den Riffinger Besprechungen  
gethan, hätte man erwarten dürfen, daß Katho-  
likern, denen es mit der Ehrfurcht vor dem Papste  
und mit der Achtung vor seiner Erkenntnis  
und Weisheit Ernst ist, auch ihrerseits einiges  
Vertrauen zu dem redlichen Willen der deutschen  
Regierung gefaßt und die Hoffnung auf Wieder-  
gewinnung des Friedens auf jede Weise gefördert  
hätten. Aber das Gegentheil ist in der ultramon-  
tanen Presse und auf Seiten der Führer des Cen-  
trums im Reichstage eingetreten: Statt der Aner-  
kennung des ersten Willens, täglich neue Ver-  
bätigungen und Schwähungen des Strebens des  
Reichskanzlers, statt einer Förderung der Friedens-  
hoffnungen das immer erneute Bestreben, eine  
friedliche Lösung „mit dieser Regierung“ als un-  
möglich darzustellen, — zur Unterstützung dieser  
Behauptung die wiederholte Versicherung, daß die  
Verhandlungen thatsächlich abgebrochen seien.

Und in demselben Augenblicke, wo zwischen der  
päpstlichen Curie und dem deutschen Reiche ver-  
trauensvolle Verhandlungen schweben, welche nach  
der Erwartung des Papstes auch das Ergebnis  
haben sollen, die Katholiken zu erneuter Bewährung  
ihrer Treue für Kaiser und Reich zu führen, in  
demselben Augenblicke geben die Ultramontanen im  
Reichstage das merkwürdige Schauspiel, daß die  
angeblich zuverlässigsten Vertreter von Altar  
und Krone, im Verein mit den entschiedensten Geg-  
nern ihrer Auffassungen und Grundsätze, der Re-  
gierung den Arm zu lähmen suchen in dem un-  
erklärlichen Kampfe gegen Bestrebungen, welche das  
Christenthum und die Kirche ebenso heilig ansehn  
und bedrohen, wie Staat und Thron und die  
bürgerliche Gesellschaft, und welche von dem päp-  
stlichen Stuhle jeder Zeit aus Schärfe verurtheilt  
worden sind.

Dieses auffällige Verhalten ist nur erklärlich  
durch den Charakter, die Zusammenfassung und  
die Leitung der Centrumpartei, welche sich seit  
Jahren als Vertreterin der kirchlichen Interessen  
der deutschen Katholiken geberdet, in welcher aber  
in Wahrheit noch ganz andere rein politische Ge-  
sichtspunkte maßgebend sind, die mit den wirklichen  
Interessen der römischen Kirche absolut Nichts ge-  
mein haben, deren leidenschaftliche Geltendmachung  
aber von vorn herein den kirchlichen Kampf ver-  
bittert und vergiftet und damit der katholischen  
Bevölkerung unglücklichen Schaden bereitet hat.

Die schlaue und künstliche Vermischung der ultra-  
montanen Interessen mit denen des früheren (streng  
lutherischen) welfischen Fürstenhauses, die Leitung  
der ganzen Partei durch einen in allen Künsten  
und Wegen der Politik bemanterten ultramon-  
tanen Welfenfürher hat die schweren und ver-  
hängnisvollen Beirathungen der Partei und das  
geschäftige Treiben ihrer Presse herbeigeführt.“  
Das halbamtliche Blatt citirt nun die Rede des  
Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1872, in welcher

er auf die Gefahren hinwies, welche gerade jene  
sonderbare Vermischung der Interessen in sich  
barg, und schreibt weiter:

„Die Centrumpartei aber hat den ihr von der  
welfischen Führung von Anfang an angeprägten  
Charakter fort und fort beibehalten und ist je-  
länger je mehr ein Sammelplatz aller particula-  
ristischen Feindschaft gegen Preußen und das deutsche  
Reich geworden: noch in den jüngsten Verhand-  
lungen hat ein protestantisch-welfischer Anhänger  
des Centrums sich erdreistet, die Herrschaft unseres  
Königs in Hannover und die dadurch erzeugten  
Gefühle mit der früheren Fremdherrschaft Napo-  
leons auf eine Linie zu stellen.“

Bei solcher Bestimmung kann es nicht Wunder  
nehmen, wenn die politischen Führer der katho-  
lichen Fraction und ihre Presse jede Öffnung und  
Aussicht auf kirchlichen Frieden möglichst von sich  
weisen und Alles thun, was in ihren Kräften steht,  
um die Stimmungen immer aufs Neue zu ver-  
bittern und die Ausgleichung zu erschweren.

Wenn das unrichtige Streben der deutschen Re-  
gierung im Verein mit einem frieliebenden Papste  
für die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens  
in Deutschland in Wahrheit und dauernd gelingen  
soll, so muß durch die berufenen kirchlichen Auto-  
ritäten und aus der katholischen Bevölkerung her-  
aus dem verwirrenden und vergiftenden Treiben  
der Parteien ein Ziel gesetzt werden, deren ein-  
sichtigen Führern das Interesse der Kirche nur der  
Dachmantel für politisch unternehmende Zwecke ist  
und welche der Erwartung des Papstes in Bezug  
auf die Treue der katholischen Unterthanen des  
deutschen Reichs durch ihr ganzes Verhalten offen  
Hohn sprechen.“

Schlagender konnte die Centrums-Elitè, dieses  
dem rothen an Gefährlichkeit Nichts nachgebende  
schwarze Demagogentum, nicht gezeigelt werden,  
als es hier durch das Regierungsblatt geschieht.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 8. November.

Zur Lage schreibt uns unser Berliner  
Correspondent: Fürst Bismarck hat seinen  
Aufenthalt in der Residenz unvermuthet ver-  
längert und man bringt dies mit seiner größeren  
Inanspruchnahme durch die auswärtigen An-  
gelegenheiten in Zusammenhang. Unzweifel-  
haft ist es, daß die erhöhte Thätigkeit im aus-  
wärtigen Amte, die Zusammenkünfte der  
Botschafter mit dem Fürsten und unter ein-  
ander, das häufige Kommen und Gehen der Couriere  
und der rege telegraphische Depeschentverkehr darauf  
hinweisen, daß die diplomatische Wintercampagne  
allen Ernstes wieder aufgenommen werden ist. Der  
Reichskanzler, sagte heute ein vielgenannter Diplo-  
mat, ist eben so wenig geneigt, die englisch-  
russischen Handel sich zu einem Kriege ver-  
allgemeinern zu sehen, als zuzugeben, daß eine neue  
Kulage des Congresses veranstaltet werden möchte,  
um dem Frieden nochmals Garantien zu geben.  
Er will in erster Linie die Durchführung des  
Berliner Vertrags, und jede Nacht wird dem  
Drucke Europas weichen müssen, welche dies zu  
vereiteln sucht. Bezeichnend ist es, daß im Augen-  
blicke die Bemühungen der deutschen Diplomatie

sich auf die Beeinflussung des Londoner Cabinet  
concentriren. Dies stimmt mit unseren Privat-  
informationen überein, nach welchen Rußland hier  
die blindigsten Versicherungen abgegeben ließ, daß  
es die Weiterführung oder die Aufnahme eines  
neuen Krieges perhorrescire. Inzwischen läßt sich  
thatsächlich Rußland nicht sein gutes Recht rauben,  
die Engländer in Afghanistan so ausgiebig  
wie möglich zu beschäftigen. Die englische Re-  
gierung bemerkt auch bereit, daß sie dort mit Opfern  
kämpfen müßte, für welche sie keinen Ersatz in der  
Türkei zu erwarten hätte. Deshalb suche sie die An-  
gelegenheiten in die Länge zu ziehen. Das ohne  
jeden Sinn nach der ablehnenden Antwort des  
Emirs gestellte Ultimatum läßt ihnen Zeit zum  
Nachdenken übrig, und dürfte vielleicht durch irgend  
einen Zufall eine Wendung bringen, welche es  
England gestattet, auf gute Manier aus der heißen  
Lage herauszukommen. Hier wird dieses Regierungss-  
ystem benötigt, um eine Verständigung Englands  
und Rußlands am Waxarameer herbeizuführen.  
Damit ist die Auseinandersetzung betreffs der  
afghanischen Frage begriffen.

Ueber die Bildung des Reichsfinanzamts  
ist jetzt, nach einer dem „B. T.“ zugehenden ver-  
lässlichen Nachricht, Bestimmung getroffen. Es  
erweist sich als irrthümlich, daß der Geschäftsb-  
ereich des Amtes im Wesentlichen auf den Etat  
beschränkt bleiben soll. Das Reichskanzler-  
amt verliert durch die Einrichtung des Scha-  
amts ein Drittel des bisherigen Geschäftsum-  
fanges und Beamtenpersonals, dagegen erhalten  
die bisher unter dem Reichskanzleramt vereinigten  
Verwaltungszweige, wie z. B. das Gesundheits-  
amt, einen festeren Anhalt auf daselbst. Die  
Vereinigung der Abtheilung für Handel  
und Gewerbe des preussischen  
Handelsministeriums mit dem Reichskanzler-  
amt ist für die ganze Anordnung ohne Bedeutung.  
Diese „Personal-Union“ hat nur den Zweck einer  
Förderung der wirtschaftlichen Reformpläne des  
Reichskanzlers, bei deren Ausführung dem jetzigen  
Präsidenten des Reichskanzleramts ein erheblicher  
Anteil zugebracht ist. Den Berichten über den  
Rücktritt desselben sollen tendenziöse Motive zu  
Grunde gelegen haben. Die „Post“ bemerkt dazu:  
Die Ernennung des Staatsministers Hofmann  
wird erst dann erfolgen können, wenn die Abtheilung  
für Handel und Gewerbe von dem jetzigen Handels-  
ministerium abgetrennt und zu einem selbständigen  
Ministerium erhoben wird, was erst durch den Etat  
geschehen kann. Dieses neue „Handelsministe-  
rium“ würde dann eine Personal-Union mit dem  
Reichskanzleramt unter dem Präsidenten Hofmann  
eingehen, während die anderen Abtheilungen des bis-  
herigen Handelsministeriums in einem „Eisen-  
bahnministerium“ unter dem Minister Maybach  
vereinigt werden dürften.

Officiös wird geschrieben: Der Artikel der  
„Prov.-Corr.“ über „den kirchlichen Frieden“  
wird als eine höchst bedeutsame Rundgebung aner-  
kannt werden. (Siehe oben den Artikel. D. R.)  
Wenn derselbe auch keine positiven Angaben über  
den Stand der Verhandlungen mit Rom macht,  
so läßt er doch auch den Schluß nicht zu, daß  
ein Abbruch derselben erfolgt sei.